



von Helmut Markwort

Warum wir als feige Freunde gelten und worauf Robert Habeck achten muss

Dienstag

Deutschland enttäuscht seine Partner. Im Poker Putins um eine Ausdehnung seiner Macht fühlen sich vor allem die Ukraine, aber auch die osteuropäischen EU-Partner Polen, Estland, Lettland und Litauen im Stich gelassen. Dass weit entfernt liegenden Staaten wie Portugal und Irland die Ängste der Russlandnachbarn eher gleichgültig sind, überrascht die Osteuropäer wenig, aber vom mächtigen Deutschland haben sie mehr Unterstützung erwartet. Vor allem bei zwei Themen.

Unsere osteuropäischen Partner hoffen darauf, dass die russisch-deutsche Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 nicht freigegeben wird.

Und die Ukraine wünscht sich, dass bundesdeutsche Firmen Waffen zum Zwecke der Verteidigung liefern dürfen.

Zu beiden Punkten führt die neue Regierung einen Eiertanz vor. Kanzler Olaf Scholz übernimmt ohne Scham und ohne Hemmungen die Behauptung seiner Vorgängerin Merkel, bei dem Pipelinebau handele sich um ein „privatwirtschaftliches Projekt“.



Röhrenfreunde Olaf Scholz und Manuela Schwesig unterstützen Putins Pipeline

„privatwirtschaftliches Projekt“. Diese Einschätzung muss die Ukraine, deren Gebiet bei Verlegung der Rohre ausdrücklich umgangen wurde, als Hohn empfinden. Aus Moskauer Sicht ist die Pipeline ein klares Politikum. Dort gibt es keine Privatwirtschaft. Der russische Partner ist eine Tochter der Gazprom, größter Gaslieferant der Welt.

Privatwirtschaftlich sind nur die fünf europäischen Konzerne, die in das Zehn-Milliarden-Euro-Projekt investiert haben. Sie mussten das politische Risiko gekannt haben. Sie verließen sich auf Merkel und auf deren Wirtschaftsminister Peter Altmaier, der keine Probleme für die Europäische Union erkannte.

Zur Verblüffung vieler in Berlin sprang aus regionalpolitischen Motiven auch noch die Schweriner Ministerpräsidentin Manuela Schwesig den Gasröhren bei.

Die Sozialdemokratin gründete vor einem Jahr von Staats wegen eine Stiftung mit dem Ziel, die Arbeiten an der Pipeline zu fördern.

Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck hält, anders als Ampelpartner SPD, die Zustimmung durch seinen Vorgänger für einen politischen Fehler, darf ihn aber nicht korrigieren.

Es wird ihm aber recht sein, dass die zu seinem Bereich gehörende Bundesnetzagentur den Betriebsstart verzögert.

Weil die Nord Stream 2 AG ihren Sitz in der Schweiz hat, verlangt die Agentur eine deutsche Tochtergesellschaft nach deutschem Recht. Das kann bis Juli dauern. Bis dahin kann die Regierung entschieden haben, ob sie Waffenlieferungen nach Kiew genehmigt. Da kein Mensch die Ukraine verdächtigt, sie plane einen Angriffskrieg, sollten wir dem bedrohten Land helfen.



Klima first Robert Habeck kümmert sich bisher wenig um sein Ressort Wirtschaft

Mittwoch

Das Erfreuliche an Robert Habeck ist sein Auftreten. Auf Fragen reagiert er selten mit Fertigphrasen. Er schafft es, nachdenklich zu wirken, und unterscheidet sich von vielen durch einen erweiterten Wortschatz.

Sein Problem ist die Aufgabenstellung im Kabinett. Der Titel Vizekanzler nützt ihm konkret nur, falls Olaf Scholz verhindert sein sollte.

Im Tagesgeschäft ist er Minister für Wirtschaft und Klimaschutz. Bisher sehen wir ihn vor allem im Bereich Energie. Er muss aufpassen, dass er nicht als zweiter Umweltminister wahrgenommen wird.

Vom Kampf für eine blühende Wirtschaft ist wenig zu hören. Habeck ist der Nachfolger von berühmten Wirtschaftsministern wie Ludwig Erhard und Otto Graf Lambsdorff. Auch der Sozialdemokrat Wolfgang Clement kannte seine Rolle. Die kleinen und mittleren Unternehmen, die Millionen Mittelständler brauchen einen Anwalt in der Regierung.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.